

Zitierhinweis

Friedenberger, Martin: Rezension über: Anton Weise, Nach dem Raub. Die Vermögensverwertungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Hannover, 1941–1950, Göttingen: Wallstein, 2017, in: Einsicht. Bulletin des Fritz Bauer Instituts, 2017, 18, S. 67, DOI: 10.15463/rec.1645969880, heruntergeladen über Website

Einsicht
*Bulletin des
Fritz Bauer Instituts*



copyright

Dieser Beitrag kann vom Nutzer zu eigenen nicht-kommerziellen Zwecken heruntergeladen und/oder ausgedruckt werden. Darüber hinausgehende Nutzungen sind ohne weitere Genehmigung der Rechteinhaber nur im Rahmen der gesetzlichen Schrankenbestimmungen (§§ 44a-63a UrhG) zulässig.

Der Reichsfiskus als Profiteur der Judendeportationen



Anton Weise

Nach dem Raub. Die Vermögensverwertungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Hannover, 1941–1950

Göttingen: Wallstein, 2017, 328 S., € 35,90

Um es vorwegzunehmen: Mit seiner Dissertation zur Vermögensverwertungsstelle beim Oberfinanzpräsidenten Hannover schließt Anton Weise eine große Lücke bei der Erforschung der Rolle der Finanzverwaltung beim Holocaust. Mit Beginn der Massendeportationen der deutschen Juden aus dem »Altreich« im Herbst 1941 wurden bei den Oberfinanzpräsidien regionale Vermögensverwertungsstellen eingerichtet. Diesen kam die Aufgabe zu, den zurückgelassenen Hausrat sowie noch vorhandenes Vermögen der Deportierten zu verwalten und zu Gunsten des Deutschen Reiches zu verwerten. Der pseudolegale Rechtsakt der Enteignung hatte zuvor schon stattgefunden, entweder infolge des Vermögensverfalls nach der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941 oder durch eine staatliche Einziehungsverfügung. Obwohl nach 1945 die zum Teil recht umfangreichen Aktenüberlieferungen der Finanzverwaltung in Restitutionsverfahren und später auch in der Forschung eine große Rolle spielten, existierte bisher keine Monografie über die Tätigkeit einer Vermögensverwertungsstelle.

Weise kam bei seiner Arbeit zugute, dass neben den über 2.000 Einzelfallakten auch die Generalakten der Behörde überliefert sind. Sehr hilfreich für die wissenschaftliche Durchdringung des umfangreichen Materials dürfte sich zudem die vorangegangene Tätigkeit Weises in der Bundesvermögensverwaltung ausgewirkt haben, die sich unter anderem im souveränen Gebrauch rechtlicher Termini widerspiegelt, der für historische Studien nicht unbedingt selbstverständlich ist.

Die Vermögensverwertungsstelle (VVS) beim Oberfinanzpräsidenten Hannover nahm ihre Tätigkeit am 8. Januar 1942 auf, als die Gestapo die Transportlisten, Einziehungsverfügungen und Vermögenserklärungen derjenigen Juden an die Finanzverwaltung übergab, die am 15. Dezember 1941 von Hannover aus nach Riga deportiert und dort größtenteils ermordet worden waren. Auf der Basis der Vermögenserklärungen, die von den jüdischen Opfern kurz vor der Deportation ausgefüllt werden mussten, verwertete die VVS den zurückgelassenen Besitz. Hierbei bediente sie sich im Regelfall der örtlich zuständigen Finanzämter, die insbesondere die Versteigerung des Hausrats übernahmen. Die dezentrale Durchführung der Verwertung lag darin begründet, dass es sich bei der Vermögensverwertungsstelle um eine

relativ kleine Dienststelle mit einem Personalbestand von lediglich elf Personen handelte, Juristen, Finanzbeamte sowie Angestellte der Devisenstelle Hannover. Eine besondere antisemitische oder nationalsozialistische Prägung lässt sich bei den Tätern Weise zufolge nicht feststellen. Vielmehr sei das Verwaltungshandeln profiskalisch und an Effizienzkriterien ausgerichtet gewesen. Nur in Einzelfällen zählten Finanzbeamte auch selbst zu den Profiteuren des Vermögensraubs.

Der Autor stuft die Vermögensverwertungsstelle als wichtige Akteurin im Holocaust ein: Ihre Tätigkeit bildete den Abschluss des Prozesses der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Hannovers und weiter Teile Niedersachsens. Ihre Gründung wird von ihm treffend als »Tiefpunkt« der Geschichte der Reichsfinanzverwaltung bezeichnet, da erstmals eine Finanzbehörde eigens zu dem Zweck gegründet wurde, geraubtes Eigentum von Juden zu verwerten. Im Unterschied zur Devisenstelle, die als staatliche Beraubungsinstanz primär gegenüber den vor der Auswanderung stehenden Juden tätig wurde, hatte die Vermögensverwertungsstelle keinen Kontakt zu ihren Opfern. Auch war für sie als ausführende Behörde der Handlungsspielraum eher gering. Weise präsentiert sowohl Fälle, in denen die VVS zu Ungunsten der Opfer intervenierte, etwa wenn bei der Gestapo auf eine Deportation einer jüdischen Anteilseignerin hingewirkt wurde, um ein Grundstück verwerten zu können, als auch Fälle, in denen sie zu Gunsten von Hinterbliebenen der Opfer handelte, wenn beispielsweise ein Härteausgleich anerkannt wurde.

Die Untersuchung veranschaulicht den Prozess der Vermögensverwertung durch Einzelfälle, wobei die Ausführungen Weises sich bisweilen in den Details des Inkasso verlieren. Ab 1942, als die VVS Hannover 834 Akten vom Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg übernahm, war die VVS nicht nur für das Vermögen deportierter Juden, sondern auch für das emigrierter Juden zuständig. Darüber hinaus war die VVS auch für weitere Opfergruppen wie etwa Sinti, Zwangsarbeiter und Widerstandskämpfer verantwortlich, was jedoch vom Arbeitsumfang her keine größere Rolle spielte. Nach 1945 führte die Vermögensverwertungsstelle ihre Tätigkeit fort, indem sie das eingezogene Vermögen weiter verwaltete. Eine personelle Kontinuität gab es in der Person Dr. Fritz Goebels, der seit 1941 beim Oberfinanzpräsidium Hannover als Gruppenleiter auch für den Bereich »Judenvermögen« zuständig war und nach 1945 mit der organisatorischen Abwicklung der VVS betraut wurde; die sich bis 1950 hinziehen sollte.

Abschließend grenzt der Verfasser seine Ergebnisse von den Thesen Götz Aly ab. Die VVS hatte für Weise keine systemstabilisierende Funktion, da die Umverteilung des geraubten Vermögens an die regionale Bevölkerung keinen größeren Umfang hatte. Zudem überstieg die Anzahl abgewiesener Antragsteller bei weitem die Zahl der Profiteure. Und als durch Kriegswirtschaft und Bombenkrieg ab 1943 allgemeiner Mangel herrschte, war der Hausrat der Deportierten schon verteilt.

Martin Friedenberger
Berlin